

Berlin, Mittwoch, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

den 5. Februar 1908.

Berliner Börsen-Beitung.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mt., 50 Pf., ohne Postenlohn, für ganz Deutschland 9 Mt., Deutscher 10 Mt., 82 Pf., Ausland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Messrs. Siegle 30 Lime Street E.C. und Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahlslisten der Preussischen Klassen-Galerie, Allgemeine Verlosungs-Listen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Übersichten.

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restanteil 1 Mt.

Telegraphische Adressen: Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition. Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Siehe als IV. Beilage: Verdingungs-Anzeiger.

Vom Tage.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt gestern den Beschlüssen betreffend die weitere Aufhebung der staatlichen Steinkohlenscheiter in Westfalen der Widgerkommission.

Im englischen Unterhause gelangte gestern die von beiden Häusern dem König Edward vorzulegende Weilschidsadresse wegen des Lissaboner Königsmordes einstimmig zur Annahme.

Das portugiesische Ministerium unter dem Vorsitz Ferreira do Amaral hat sich gestern definitiv konstituiert.

Wie der portugiesische Kriegsminister erklärte, sind die Gerichte dem Ausdruck einer Revolution in Porto und begründet; dort hätten nur einige Strafsentimente stattgefunden.

Kritische Augenblicke.

Wichtige Entscheidungen in der inneren Politik des Reiches sind allem Anscheine nach in naher Sicht. Das sie noch lange hinausgezögert werden könnten, ist wenigstens in hohem Maße unwahrscheinlich. Ob man die Tage des Reichstagssekretärs von Stengel wirklich schon als gezählt anzusehen hat, wie bereits von Berlin aus mehrfach mit aller Bestimmtheit an Provinzialblätter berichtet worden ist, das mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall muß, wenn nicht in der nächsten Woche die Entscheidung über mehrere überaus wichtige Fragen der Reichsfinanzpolitik fallen. Daß die Ausschüsse des Bundesrats ihre Beratungen über die im Reichsschatzamt ausgearbeiteten beiden Steuerentwürfe, Spiritus-Handelsmonopol und Wabderverleuststeuer auf Tabake und Zigaretten, abgeschlossen haben, das hat der Schatzsekretär selber am 29. Januar im Reichstage kundgegeben. Zu welcher Zeit auch das Plenum des Bundesrats diese Vorlagen und die Anträge der Ausschüsse in Beratung nehmen und darüber Beschluß fassen werde, hat Herr von Stengel noch nicht mitzuteilen vermocht. Aber es liegt auf der Hand, daß, nachdem die Ausschüsse sich schlüssig gemacht haben, auch das Plenum des Bundesrats kaum noch seine Entscheidungen lange verschieben wird. Noch wichtiger, dringlicher, unaußweichbarer ist aber eine andere Frage.

Die Angelegenheit der Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention hätte eigentlich, nach den ursprünglichen darüber getroffenen internationalen Vereinbarungen, schon zum 1. Februar zur legislativen Erledigung gelangen müssen. In anderen beteiligten Staaten ist dies auch geschehen. Nur Deutschland ist damit noch im Rückstande, muß sich aber nun ebenfalls mit der Sache befassen, nachdem die Frist für die Ratifikation jener Zusatzakte nebst den dazu vorliegenden Abkommen mit Deutschland nur um zwei Wochen verlängert worden ist. Die Erledigung wäre auch im Deutschen Reiche einfach, wenn nicht hier mit der Frage des Beitritts zu der modifizierten Konvention die Frage der Herabsetzung der Zuckerversteuer verknüpft worden wäre. Noch freilich hat das Plenum des Reichstages noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Aber die Kommission, der die Vorbereitung der internationalen Abmachungen anvertraut worden war, hat mit einer Mehrheit, bei der von einem Zufallsbeschlusse keine Rede sein kann, gegen die Stimmen einzig und allein der Freisinnigen, tat-

lich die Herabsetzung der Zuckerversteuer in unmittelbare formale Verbindung mit der Zusatzakte der Brüsseler Konvention gebracht. Sie hat sich davon auch durch das dringlichste Abreden des Reichstagssekretärs nicht abhalten lassen.

Es ist das ein Beschluß von unerkennbarer Tragweite. Denn der Beschluß involviert, ganz abgesehen von seiner bei der jetzigen Finanzlage des Reiches besonders ins Gewicht fallenden finanziellen Bedeutung, nichts Geringeres, als eine PreSSION auf die verbündeten Regierungen, wie sie in der Geschichte des Reiches wohl zu den größten Seltenheiten gehört. Daß eine überwältigende Mehrheit des Reichstages die Regierungen dergestalt vor ein Entweder Oder stellt, ihre Zustimmung zu einem internationalen Vertrage abhängig macht von einem Entgegenkommen der Regierungen in einer seitab liegenden innerpolitischen Angelegenheit, das ist eine Begebenheit, die für die Regierungen und für den nächstbeteiligten Leiter des Reichsfinanzwesens eine mehr als unerquickliche Situation schafft. Wie sich die Regierungen, vorausgesetzt, daß das Plenum des Reichstages den von der Kommission betretenen Weg akzeptiert, sich mit diesem ihnen gegenüber versuchten Zwange abfinden werden, darauf wird man einermachen neugierig sein dürfen. Daß es vor allem dem Reichstagssekretär persönlich äußerst schwer fallen muß, sich in einem solchen Zwang zu fügen, und daß deshalb die Annahme, er werde, wenn die Reichstagsmehrheit auf ihrem Schien beharrt, lieber gehen als bleiben, nicht ganz grundlos erscheinen kann, das liegt ja wohl auf der Hand. Dem nächsten der Schatzsekretär seine und der verbündeten Regierungen Geneigtheit, im Rahmen der geplanten Gesamtsteuerreform auch die Herabsetzung der Zuckerversteuer vorzunehmen, ausbrüchlich zu erkennen gegeben hat, liegt in der Notwendigkeit, diese Steuerherabsetzung sofort anlässlich der Konventionsfrage gesetzlich festzusetzen, ein Mißtrauen, das sich kaum jemand in ähnlicher Lage bieten lassen kann, ohne für sich die Konsequenzen zu ziehen.

Zur Sache selbst wäre noch zu bemerken: Mit Recht ist schon in einer der Brüsseler Konvention gewidmeten Betrachtung in No. 52 dieses Blattes mit Zug und Recht als Ueberzeugung der deutschen Handelskreise festgesetzt worden, daß, trotz der Zugehörnisse an Ausland die neue Konvention zum Segen der Industrie auszufallen dürfte. Es ist in der Tat nicht gut möglich, sich dieser Auffassung zu entziehen. Um sie als richtig bestätigt zu finden, braucht man sich nur das schon in den amtlichen Motiven zur Vorlage über die Zusatzakte betonte Argument zu vergegenwärtigen, daß mit dem deutsch-russischen Abkommen die von dem russischen Wettbewerb auf dem englischen Markte für unsere Zuckerindustrie drohende Schädigung, obwohl nicht beseitigt, so doch gemindert und auf ein bestimmtes Maß reduziert wird. Der von dem Wettbewerb der russischen Vorräte und jährlichen Ueberflüsse ausgehende Druck auf den Weltmarktpreis ist damit in geregelte Bahnen gelenkt, unsere Industrie kann die russische Ausfuhr als einen bekannten Faktor in ihre Berechnungen einstellen und ist von jener Seite gegen Uebererregungen durch unerwartet große Ausfuhrmengen geschützt. Dazu kommt als wertvollster Vorteil der, wenn auch unter Modifikationen erfolgenden, Fortdauer der Brüsseler Konvention die Verpflichtung Englands, den Rüben- und Mohlrüben unter gleichen Bedingungen zur Einfuhr zuzulassen, insbesondere dem Zucker aus den britischen Kolonien keinerlei Vorzug einzuräumen, sowie in den Kronkolonien keinerlei Prämien, gleichviel ob direkte oder mittelbare, zuzulassen.

Will die Reichstagsmehrheit die Verlängerung der Konvention lieber schiebieren lassen, als auf die Verquickung mit der Herabsetzung der Zuckerversteuer verzichten, ja — was dann? Findet, sofern die verbündeten Regierungen auf jene Verquickung nicht eingehen, die Konvention

ihre jähre Ende, so kommen auch alle jene wertvollen Vorteile derselben in Wegfall. Soll die Zuckerindustrie dem ausgesetzt sein? Glaubt man etwa im Reichstage, alsdann den Zustand der Prämienwirtschaft, wie er vor dem 5. März 1902 bestand, so ohne weiteres wiederherstellen zu können? Und rechnet man da auf die Mitwirkung der verbündeten Regierungen, ohne daran zurückzudenken, in welchem Verfall sich damals, vor Abschluß der Konvention im Jahre 1902, das Aufkommen des Reiches aus der Zuckersteuer befand? Man sollte meinen, schon die Erinnerung hieran müßte es der Mehrheit des Reichstages als ein gewagtes Experiment erscheinen lassen, jetzt die Erneuerung der Konvention aufs Spiel zu setzen!

Telegramme.

Frankfurt a. M., 4. Februar. (C. T. G.) Die „Post. Ztg.“ erfährt aus Triest: Gestern abend veranstalteten etwa 40 junge Leute unter anarchistischen Rufen Kundgebungen vor dem portugiesischen Konsulat. Die Polizei verhaftete vier von den Demonstranten.

München, 4. Februar. (C. T. G.) Amtliche Meldung. Bei Einfahrt des Güterzuges Nr. 9252 auf Bahnhof München sind heute 9 Güterwagen entgleist. Menschen sind nicht verletzt, dagegen Wagen zum Teil stark beschädigt. Da beide Hauptgleise gesperrt sind, muß der Personenverkehr vorübergehend durch Umfahrungen aufrechterhalten werden. Beide Gleise werden jedoch im Laufe des heutigen Nachmittags wieder fahrbar. Ueber die Ursache der Entgleisung hat die Untersuchung bis jetzt Bestimmtes nicht ergeben.

Hamburg, 4. Februar. (C. T. G.) In der Klage des Hafenbetriebsvereins gegen den Hafenarbeiterverband fällt die Zivilkammer III des hiesigen Landgerichts ein Urteil, wonach dem beklagten Verbande bei vierwöchiger Haftstrafe bzw. einer Geldstrafe von 1500 Mt. in jedem Falle einer Zuwiderhandlung unterlagt wird, den Bezug von Hafenarbeitern nach Hamburg zu führen oder die vom Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als Streikbrecher zu bezeichnen.

München, 4. Februar. (C. T. G.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wies der Präsident von Ortner, während das Haus sich von den Sigen erhob, auf die tiefschmerzlichen Ereignisse in Portugal hin und gab den Empfindungen des Entsetzens und der warmsten Teilnahme Ausdruck. Die Sozialdemokraten waren im Saale nicht anwesend.

Prag, 4. Februar. (Priv.-Tel. d. V. B. Z.) Das Karlsbader Stadtverordnetenkollegium nahm einen Vorschlag der Regierung an, einen Zentralbahnhof um 2 1/2 Millionen zu erbauen, der für den Erpressverkehr im Sommer eingerichtet wird und in welchem die Schnellzüge des Auslandes einlaufen werden.

Karlsbad, 4. Februar. (C. T. G.) Beim Karlsbader Mühlbrunn wurde heute in sieben Meter Tiefe ein sehr harter heißer Nucleonatrieb erschlossen.

Budapest, 4. Februar. (C. T. G.) Im Abgeordnetenhaus richtete Maria (Dissident) in einer dringlichen Interpellation heftige Angriffe gegen den Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Lehrenthal, weil er in seiner jüngsten Rede im Auswärtigen für Auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation Versicherungen getan habe, die gegen das ungarische Staatswohl verstießen. Unter anderem habe er gesagt, eine auswärtige Politik sei ohne einschüßliches Wirtschaftsgebiet undenkbar und durch den Auswärtigen habe sich die Reichsgemeinschaft zur Reichseinheit verdichtet. Das ganze Haus müsse gegen solche Versicherungen Einspruch erheben. Er hoffe, daß die Delegation den Minister zur Verantwortung ziehen werde. (Lebhafte Weisung im Zentrum und links.) Der Präsident rief die Abgeordneten Somogyi und Ugron wegen eines den Minister des Auswärtigen beleidigenden Zwischenrufes zur Ordnung.

Paris, 4. Februar. (C. T. G.) Nach einer telegraphischen Meldung des Generalgouverneurs aus Algerien war die Kompanie des ersten Regiments